

Einladung

zur 2. Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz und Grünflächen am
Montag, 24. Januar 2022, 14.00 Uhr, Rathaus, Ratssaal

***Aufgrund der epidemischen Lage können Ausschussmitglieder gem. § 182
Abs. 2 Nr. 3 NKomVG per Videokonferenztechnik an der Sitzung teilnehmen.
Für eine Präsenz-Teilnahme im Sitzungssaal gilt die 2G-Regelung.***

Tagesordnung:

I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
2. Einwohner*innenfragestunde
3. Genehmigung des Protokolls über die 01. Sitzung am 06.12.2021
4. ALLGEMEINE VERWALTUNGSVORLAGEN
5. A N T R Ä G E
 - 5.1. Antrag der CDU-Fraktion: "Ein Baum für jedes Neugeborene"
(Drucks. Nr. 2436/2021)
 - 5.2. Antrag der CDU-Fraktion zum Kupferloch in der Eilenriede
(Drucks. Nr. 2757/2021)
6. F L Ä C H E N N U T Z U N G S P L A N A N G E L E G E N H E I T E N
 - 6.1. 246. Änderungsverfahren zum Flächennutzungsplan Hannover
Bereich: Misburg / Badesees Misburg
Aufstellungsbeschluss
(Drucks. Nr. 0031/2022 mit 1 Anlage)
7. B E B A U U N G S P L A N A N G E L E G E N H E I T E N
 - 7.1. Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 67, 9. Änderung
Grundschule Kestnerstraße
Aufstellungsbeschluss
(Drucks. Nr. 2643/2021 mit 2 Anlagen)
8. B E R I C H T D E R D E Z E R N E N T I N
9. M I T T E I L U N G E N U N D A N F R A G E N

II. NICHTÖFFENTLICHER TEIL

Onay

Oberbürgermeister



Handlungsanweisung Gremiensitzungen.pdf

Handlungsanweisungen für politische Gremiensitzungen

Sehr geehrte Teilnehmer*innen von Rats-, Fachausschuss-, Stadtbezirksrats- und Integrationsbeiratssitzungen,

aufgrund der aktuellen Situation verfolgt die Landeshauptstadt Hannover das Ziel, eine Ansteckung mit dem Corona Virus möglichst zu verhindern, um so die Ausweitung der Erkrankung COVID-19 aktiv einzudämmen.

Dies ist neben dem ganz persönlichen Schutz jeder einzelnen Person auch deshalb wichtig, weil es die Basis zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Lebens insgesamt ist.

Dafür bitten wir Sie um Ihre Unterstützung!

Bitte halten Sie die notwendigen Hygiene- und Abstandsregelungen ein, die laut Robert Koch-Institut (RKI) im Rahmen einer Pandemie grundsätzlich für alle Menschen gelten (s. auch www.infektionsschutz.de).

Die Mitglieder der Gremien und Mitarbeitenden der Stadtverwaltung sollen vor einer Ansteckung im Rahmen der Wahrnehmung ihrer politischen oder dienstlichen Tätigkeiten geschützt werden.

Deshalb werden ab sofort folgende Maßnahmen getroffen:

- Die o. g. Gremien tagen nach den Vorschriften des Kommunalrechts öffentlich. Für die Sitzungen der Integrationsbeiräte werden die Vorschriften analog angewendet. Da auch von den Besucher*innen der Sitzungen ein Mindestabstand von 1,5 m einzuhalten ist, wird es je nach Größe des Zuschauer*innenbereichs zu einer Beschränkung der Anzahl der Besucher*innen kommen. Diese wird im HCC und im Rathaus durch eine Einlasskontrolle zentral geregelt. Bei Sitzungen in den Stadtbezirken ist dies im Rahmen des Hausrechtes durch die Bezirksbürgermeister*innen in Kooperation mit der Stadtbezirksratsbetreuung und den örtlich Zuständigen der Veranstaltungsorte sicherzustellen.
- Für jede Sitzung werden im Eingangsbereich Mund-Nasen-Masken zur Verfügung gestellt. Gemäß der Niedersächsischen Corona-Verordnung ist jede*r Besucher*in von Veranstaltungen in geschlossenen Räumen verpflichtet, eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen.
- Alle Sitzungen finden in ausreichend großen Räumen statt, so dass jeweils mindestens 1,5 m Abstand zwischen einzelnen Sitzplätzen der Gremienmitglieder gewährleistet ist.

Darüber hinaus bitten wir Sie um Einhaltung der üblichen Hygienemaßnahmen:

- Halten Sie Abstand
- Vermeiden Sie das Händegeben
- Husten oder Niesen Sie in die Armbeuge, drehen Sie sich dabei von anderen Personen weg
- Vermeiden Sie Augen, Nase oder Mund zu berühren
- Nutzen Sie Einmaltaschentücher und entsorgen Sie diese sicher
- Waschen Sie sich nach Personenkontakten, nach der Benutzung von Sanitäreinrichtungen und bei Kontakt mit Gegenständen oder Materialien, die mit Viren verunreinigt sein können, gründlich die Hände

Vielen Dank für Ihre Mitwirkung!

PROTOKOLL

02. Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz und Grünflächen am Montag, 24. Januar 2022, Rathaus, Ratssaal

Beginn	14.00 Uhr
Ende	15.00 Uhr

Anwesend:

(verhindert waren)

Ratsherr Steiner	(Bündnis 90/Die Grünen)
Ratsherr Capellmann	(CDU)
Ratsherr Allerheiligen	(Bündnis 90/Die Grünen)
Ratsfrau Dr. Carl	(SPD)
Ratsherr Hellmann	(CDU)
(Herr Kier)	(FDP)
Ratsfrau Kraeft	(Bündnis 90/Die Grünen)
Ratsherr Oppelt	(CDU)
Ratsherr Pieper	(SPD)
Ratsherr Dr. Ramani	(SPD)
Ratsfrau Schollmeyer	(SPD)
Ratsfrau Stock	(Bündnis 90/Die Grünen)
Ratsherr Zingler	(DIE LINKE.)

Beratende Mitglieder:

Frau Bastian	(parteilos)
(Herr Dirscherl)	
(Frau Heitmüller-Schulze)	(parteilos)
Herr Hildebrand	(parteilos)
(Herr Kruse)	(parteilos)
Bezirksratsfrau Muschter	(Bündnis 90/Die Grünen)
Herr Nieder	(SPD)
(Frau Thome-Bode)	(parteilos)

Grundmandat:

Ratsfrau Ihnen	(FDP)
Ratsherr Keller	(AfD)
(Ratsfrau Sankowske)	(DIE LINKE.)
Ratsfrau Zahl	(Die PARTEI & Volt)

Verwaltung:

Stadträtin Ritschel	(Dezernat V)
Frau Rolfes	(Dezernat V)
Herr Dix	(Büro Oberbürgermeister)
Frau Malkus-Wittenberg	(Fachbereich Planen und Stadtentwicklung)
Herr Deitermann	(Fachbereich Umwelt und Stadtgrün)
Herr Kuczma	(Fachbereich Umwelt und Stadtgrün)

Herr Kornmayer	(Fachbereich Umwelt und Stadtgrün)
Frau Koebe	(Fachbereich Umwelt und Stadtgrün)
Frau Czorny	(Fachbereich Umwelt und Stadtgrün)
Frau Hoffmann-Kallen	(Fachbereich Umwelt und Stadtgrün)
Frau Unverzagt	(Fachbereich Umwelt und Stadtgrün)
Frau Butsch	(Fachbereich Umwelt und Stadtgrün)
Frau Böger	(Fachbereich Umwelt und Stadtgrün)
Frau Mania	(Fachbereich Umwelt und Stadtgrün)
Frau Bach	(Fachbereich Umwelt und Stadtgrün)

Gäste:

Frau Floetenmeyer-Woltmann	(Klimaschutzagentur Region Hannover)
Frau Dietrich	(Klimaschutzagentur Region Hannover)
Frau Grupe	(IGS Südstadt - Lehrerin)
Frau Sniehotta	(IGS Südstadt - Schülerin)
Frau Wegner	(IGS Südstadt - Schülerin)
Herr Bleidistel	(IGS Südstadt - Schüler)

Tagesordnung:

- I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

2. Einwohner*innenfragestunde

3. Genehmigung des Protokolls über die 01. Sitzung am 06.12.2021

4. A L L G E M E I N E V E R W A L T U N G S V O R L A G E N

5. A N T R Ä G E

- 5.1. Antrag der CDU-Fraktion: "Ein Baum für jedes Neugeborene"
(Drucks. Nr. 2436/2021)

- 5.2. Antrag der CDU-Fraktion zum Kupferloch in der Eilenriede
(Drucks. Nr. 2757/2021)

6. F L Ä C H E N N U T Z U N G S P L A N A N G E L E G E N H E I T E N

- 6.1. 246. Änderungsverfahren zum Flächennutzungsplan Hannover
Bereich: Misburg / Badesees Misburg
Aufstellungsbeschluss
(Drucks. Nr. 0031/2022 mit 1 Anlage)

7. B E B A U U N G S P L A N A N G E L E G E N H E I T E N

- 7.1. Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 67, 9. Änderung
Grundschule Kestnerstraße
Aufstellungsbeschluss
(Drucks. Nr. 2643/2021 mit 2 Anlagen)

8. BERICHT DER DEZERNENTIN
9. MITTEILUNGEN UND ANFRAGEN
- II. NICHTÖFFENTLICHER TEIL
10. Bericht der Dezernentin - nichtöffentlicher Teil -
11. Mitteilungen und Anfragen - nichtöffentlicher Teil -

I. ÖFFENTLICHER TEIL

- TOP 1.** Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde mit folgenden Änderungen beschlossen:

- TOP 5.1. (DS Nr. 2436/2021) wurde auf Wunsch der Bündnis 90/Die Grünen und nach einstimmigem Beschluss des Ausschusses in die Fraktionen gezogen.
- TOP 5.2. (DS Nr. 2757/2021) wurde auf Wunsch der Bündnis 90/Die Grünen und nach einstimmigem Beschluss des Ausschusses in die Fraktionen gezogen.

Ratsherr Oppelt erinnerte daran, dass der Antrag der CDU-Fraktion: „Ein Baum für jedes Neugeborene“ bereits einmal in die Fraktionen gezogen wurde. Er bat um eine Erklärung sowie um Abstimmung zur Ziehung des Antrags.

Ratsfrau Kraeft erklärte, dass zu dem Antrag noch beraten werde und bat um Verständnis.

Ratsherr Allerheiligen ergänzte, dass noch Abstimmungen mit den Partner*innen der SPD liefen und bat ebenfalls um Zustimmung zur Ziehung des Antrags.

Ratsherr Oppelt erklärte das Einverständnis der CDU mit der Ziehung und bot Unterstützung an, sollte es noch Fragen an die Antragstellerin geben. Er erklärte, dass die Bereitschaft für einen interfraktionellen Antrag bestehe, so wie es in der Vergangenheit bereits gelegentlich gelungen sei. Allgemein bitte er jedoch die Regel der einmaligen Antragsziehung zu beachten.

Die Tagesordnung wurde beschlossen. (Es war keine Presse für die Teilnahme per Videokonferenz angemeldet.)

- TOP 2.** Einwohner*innenfragestunde

Keine Wortmeldungen

- TOP 3.** Genehmigung des Protokolls über die 01. Sitzung am 06.12.2021

Vertrag

TOP 4. ALLGEMEINE VERWALTUNGSVORLAGEN

TOP 5. ANTRÄGE

- TOP 5.1.** Antrag der CDU-Fraktion: "Ein Baum für jedes Neugeborene"
(Drucks. Nr. 2436/2021)

Auf Wunsch der Bündnis 90/Die Grünen in die Fraktionen gezogen

- TOP 5.2.** Antrag der CDU-Fraktion zum Kupferloch in der Eilenriede
(Drucks. Nr. 2757/2021)

Auf Wunsch der Bündnis 90/Die Grünen in die Fraktionen gezogen

TOP 6. FLÄCHENNUTZUNGSPLANANGELEGENHEITEN

- TOP 6.1.** 246. Änderungsverfahren zum Flächennutzungsplan Hannover
Bereich: Misburg / Badesees Misburg, Aufstellungsbeschluss
(Drucks. Nr. 0031/2022 mit 1 Anlage)

Ratsherr Oppelt erklärte, dass die CDU-Fraktion angetan von dem Projekt sei, dieses biete für den Osten der Stadt und die Bevölkerung eine große Chance, das Gebiet und die Natur erlebbar zu machen. Gleichzeitig besitze es hohen Naherholungswert und könne ein Anziehungspunkt für die gesamte Stadt werden. Er betonte die Relevanz einer breiten Bürgerbeteiligung durch die Verwaltung, um die Akzeptanz seitens der Anwohnenden sicherzustellen sowie die Verkehrskonzepte mit den Anliegern abzustimmen.

Einstimmig

TOP 7. BEBAUUNGSPLANANGELEGENHEITEN

- TOP 7.1.** Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 67, 9. Änderung
Grundschule Kestnerstraße, Aufstellungsbeschluss
(Drucks. Nr. 2643/2021 mit 2 Anlagen)

Einstimmig

TOP 8. BERICHT DER DEZERNENTIN

1) Vorstellung der neuen Dezernentin Anja Ritschel

Die **Stadträtin Ritschel** begrüßte den Ausschuss und erklärte, dass sie sich auf die künftige Zusammenarbeit freue.

Sie berichtete, dass in der letzten Woche, auf Initiative des Regionspräsidenten, ein Auftaktgespräch zum Thema „Hochwasser“ mit allen Mitgliedskommunen der Region stattgefunden habe. Der Themenkomplex inklusive des Themas „Starkregenereignisse“ stünde hoch auf der Agenda und würde in Zukunft vertieft behandelt, dazu werde die Region eine Hochwasserkonferenz in Leben rufen. Die Landeshauptstadt Hannover werde sich natürlich gerne an den Vorbereitungen der Konferenz beteiligen. Die Stadträtin stellte im Anschluss die neue Geschäftsführerin der Klimaschutzagentur Region Hannover, Frau Floetenmeyer-Woltmann, vor.

2) Vorstellung von Frau Floetenmeyer-Woltmann

Frau Floetenmeyer-Woltmann bedankte sich und erklärte, dass sie seit dem 01.01.2022 im Dienst sei und die Klimaschutzagentur sowie sich in Person zu einem späteren Zeitpunkt ausführlicher vorstellen werde. Sie übergab das Wort an Frau Dietrich, die Programmleiterin des Themas Bildung, die im vergangenen Jahr das Projekt „plenergy – Vom Planspiel zur Energiewende“ gemeinsam mit Schüler*innen der IGS Südstadt durchgeführt habe.

3) Vorstellung des Projekts „plenergy“

Frau Dietrich führte aus, dass die Klimaschutzagentur im Lauf der Zeit bereits viel mit Bürger*inneninitiativen, engagierten Ratsleuten, Bürger*innen und jungen Leuten, insbesondere zu den Themen erneuerbare Energie und Energiewende, zu tun gehabt habe. Trotz der Zukunftsrelevanz der Themen seien Schüler*innen, die sich für die Themen einsetzten, bisher wenig vertreten gewesen, sodass das Projekt entwickelt worden sei, um diese zu mobilisieren. Ziel des Projektes sei, aus einem Planspiel heraus die Energiewende der Region Hannover und der teilnehmenden Kommunen zu unterstützen.

Das Planspiel finde über einen Zeitraum von drei Tagen statt. An zwei der drei Tage würden die kommunalen Entscheidungsprozesse vorgestellt, um die Komplexität der Themeneinarbeitung sowie die Herausforderungen in nachfolgenden Abwägungen und Abstimmungen zu verdeutlichen. Am Tag zwei werde eine Ratssitzung nachgespielt.

Ein weiteres Ziel des Projekts sei es, Schüler*innen zu motivieren, sich selbst politisch oder gesellschaftlich zu engagieren. Dementsprechend würden an Tag drei eigene Projekte entwickelt und Überlegungen angestellt, worin das eigene Engagement bestehen könne und welche Ansprechpartner*innen es innerhalb der Kommune gebe.

Erstmals sei das Projekt im Jahr 2019 durchgeführt worden. Die 9.- bis 12.-Klässler in den Schulen würden dem Projekt mit großem Interesse begegnen und mittlerweile werde auch die Bewegung „Fridays for Future“ eingebunden. Bedingt durch die Corona-Pandemie, sei das vom Bundesumweltministerium geförderte Projekt weniger groß geworden, als angedacht, trotzdem habe man in den drei Jahren 9 Planspiele durchgeführt.

Frau Dietrich stellte das Projekt anhand eines Films vor, welcher im Rahmen des Planspiels mit engagierten Schüler*innen und Lehrer*innen an der IGS Südstadt entstand.

Der Film ist unter folgendem Link zu finden:

<https://www.youtube.com/watch?v=LSAEZjsBXr4> oder alternativ über die Projektwebsite: <https://plenergy.de/>. (Siehe auch Anhang Nr. 1)

Die Ratssitzung im Rahmen des Projekts sei ein sehr wichtiger Teil von „plenergy“, um den Schüler*innen zu vermitteln, dass ihre Themen von Interesse seien und angehört würden. In Hannover hätten zwei Bürgermeister*innen an dieser Sitzung teilgenommen. Frau Dietrich bedankte sich herzlich für die Teilnahme sowie für die Gelegenheit, das Projekt im Umweltausschuss vorstellen zu dürfen.

Frau Grupe, die als Lehrer*in der IGS Südstadt das Projekt begleitete, bedankte sich ebenfalls herzlich für die Einladung und übergab das Wort an die Schüler*innen Bleidistel, Sniehotta und Wegner.

Herr Bleidistel bedankte sich für die Möglichkeit der Vorstellung im AUG und für die Teilnahme an dem Projekt und betonte, dass dieses sehr lehrreich gewesen sei und viel Freude bereitet habe.

Er stellte drei Ideen des Fachausschusses Gebäude vor. Die erste Idee sei die Einführung einer verpflichtenden Dachbegrünung im Raum Hannover für alle Gebäude, die dies technisch zuließen. Als zweite Idee nannte er die Überprüfung der Temperaturen in öffentlichen Gebäuden. Zu dieser Idee sei ein Experte der LHH an Tag eins anwesend gewesen, der erklärt habe, welchen Effekt eine um 1-2 °C veränderte Raumtemperatur auf die Energieersparnis habe. In Zusammenarbeit mit dem Fachausschuss Strom sei als dritte Idee entstanden, die energetische Dämmung an Altbauten strenger zu regulieren und zu überprüfen.

Frau Sniehotta erklärte, dass der Fachausschuss Strom die Idee einer Informationskampagne entwickelt habe, die Fördermöglichkeiten für Solaranlagen, Energiespeicher und ähnlichem kommuniziere und so helfe, Privatleute zu überzeugen, sich vermehrt für eine Ausstattung der Dächer mit Solaranlagen einzusetzen.

Die zweite Idee bestehe in einer Förderung des Gerüstbaus für privat finanzierte Solaranlageninstallationen. Die hohen Kosten des Gerüstbaus stellten derzeit eine große Hürde dar.

Die dritte Idee sei die Pflicht zur Ausstattung aller Neubauten mit Solaranlage. Diese Idee sei von der LHH schon beschlossen worden und auch teilweise im Koalitionsvertrag enthalten. Die letzte Idee des Ausschusses sei eine Modernisierung der Windkraftanlagen am Kronsberg für schnelle Effizienzsteigerungen sowie die Ausweisung neuer Gebiete. Diese Gebiete könnten im Umkreis der in Hannover vorhandenen Radaranlagen ausgewiesen werden, wenn der Sperrbereich von derzeitigen 15 km auf die in der Vergangenheit bestehenden 2 km reduziert würde.

Frau Wegner berichtete zu den Vorschlägen des Öffentlichkeitsausschusses. In der unmittelbaren Nähe des Altenbekener Damms befänden sich mehr als acht Schulen mit entsprechend vielen Schüler*innen. Schüler*innen könnten motiviert werden Rad zu fahren und zusätzlich einfacher, sicherer, gesünder und emissionsärmer zur Schule zu gelangen, wenn die Radwege bis zum Döhrener Turm saniert würden. Der zweite Vorschlag sei ein kostenloser ÖPNV-Tag an einem Wochenende, um Anreize zu schaffen, das Auto öfter stehen zu lassen. Als dritte Idee könnten Umweltwettbewerbe veranstaltet werden. Dies könne in verschiedenen Formen geschehen, beispielsweise als Kunstaussstellung, Quiz, Fotowettbewerb oder Punktesammelaktion. Es bestehe die Möglichkeit zur Verknüpfung mit der vierten Idee, im ÖPNV Ansagen und Plakate zu präsentieren, die gegebenenfalls aus den Wettbewerben hervorgingen. Diese könnten Informationen zum Klimawandel enthalten sowie Ansatzpunkte, das eigene Leben klimaschützender und umweltfreundlicher zu gestalten.

Frau Grupe bedankte sich bei den Schüler*innen für die gute Präsentation der wichtigsten Anliegen. Sie ergänzte zudem aus dem Ausschuss für Konsum die Idee, vermehrt Wasserspender an Schulen aufzustellen. Kleine Verbesserungen seien bereits spürbar, so gebe es in einem Neubau einen Wasserspender und auch Elternbriefe würden überwiegend per E-Mail versandt, trotzdem sei noch viel Raum für Verbesserung. Ergänzend zu der Sanierung der Radwege sollten auch mehr Fahrradständer gebaut werden, da die Anzahl schon heute nicht ausreiche. Sie resümierte, dass das Projekt,

durch die Einblicke in die politischen Abläufe, auch für sie sehr spannend und lehrreich gewesen sei und die Rückmeldung der Schüler*innen und Eltern durchweg positiv ausgefallen seien.

Frau Floetenmeyer-Woltmann bedankte sich bei Frau Grupe für ihr Engagement und kündigte für die Zukunft an, gemeinsam mit der LHH weitere Projekte zu erarbeiten. Auch freue Sie sich auf die Zusammenarbeit mit den Fraktionen.

Ratsherr Dr. Ramani bedankte sich bei allen beteiligten Akteuren und erklärte, dass das Projekt eine gute Initiative und ein praktisches Beispiel dafür sei, wie Politik und Realität, hier vertreten durch die jungen Menschen, zusammenkommen könnten. Die Schüler*innen hätten das Recht darauf, dass ihre Ideen gehört und umgesetzt würden, da sie wichtige Stakeholder der Zukunftsgestaltung darstellten. Er bat darum, die Ideen und Anträge der Schüler*innen im Nachgang den AUG-Mitgliedern zur Verfügung zu stellen, damit diese vertieft bearbeitet, weiterentwickelt und ggf. umgesetzt werden könnten.

Auch sollten Informationen zu derartigen Projekten in Zukunft den AUG-Mitgliedern mitgeteilt werden, diese seien an einer Beteiligung und an dem Austausch und der Beratung mit den Schüler*innen sehr interessiert.

Ratsherr Allerheiligen bedankte sich bei der Klimaschutzagentur und der IGS Südstadt für die Durchführung des Projektes. Er stimmte Ratsherrn Dr. Ramani zu und bot ebenfalls an, gemeinsam mit den Vertreter*innen der anderen Fraktionen in die Schulen zu kommen und eine entsprechende Diskussion zu führen, er sei der Ansicht, dass dies überparteilich geschehen solle. Er fragte die Klimaschutzagentur und die Schule, ob es sich um ein einmaliges Projekt handle, da es wünschenswert wäre, ein derartiges Planspiel mit jedem 11. Jahrgang durchzuführen und Umweltbildung ein wichtiges Anliegen sei. Er fragte weiterhin, was es bedürfe, um das Projekt in den Unterrichtsplan mit aufzunehmen.

Frau Floetenmeyer-Woltmann antwortete, dass es sich bei „plenergy“ um ein größer angelegtes Projekt mit bundesweiter Ausstrahlung und Förderung durch das Bundesumweltministerium handle. Es finde in unterschiedlichen Regionskommunen statt und im Rahmen der Förderung bestünden noch Möglichkeiten für das Jahr 2022.

Frau Dietrich ergänzte, dass das Protokoll der IGS Südstadt gerne im Anschluss an alle Ausschussmitglieder gesandt werden könne. Die Förderung laufe bis Ende 2022. Wie es danach weiter ginge sei noch unklar, jedoch sei sie aufgrund der guten Erfahrungen sehr daran interessiert, das Planspiel weiter mit den Partner*innen durchzuführen. Die Durchführung an jeder Schule, in jedem 11. Jahrgang, sehe sie aufgrund des Aufwands, u. a. auch für die Politiker, als nicht realisierbar an, eine Regelmäßigkeit sei jedoch wünschenswert. Die Einbindung der Politiker*innen als lokal Aktive sei grundsätzlich für Tag drei des Planspiels vorgesehen. Dies habe aufgrund diverser Corona-Einschränkungen und der durchgeführten Hybrid-Version nur bedingt erfolgen können. Sobald das Planspiel wieder ohne Einschränkungen stattfinden könne, nähmen rund 30 Erwachsene und 90 Schüler*innen teil und auch die Politik werde gleichmäßig und ordentlich eingebunden.

Ratsfrau Dr. Carl drückte ihre Freude über das Projekt aus. Sie sehe, dass trotz der für die Jugend oftmals als „verloren“ bezeichneten Corona-Zeit, sehr viele kluge Ideen und Gedanken walteten. Sie habe die Ideen der Schüler*innen notiert und es mache sie stolz zu sehen, dass umsetzbare Vorschläge genannt worden seien. Es sei für Politiker*innen nicht immer einfach, mit Fridays for Future in Kontakt zu kommen, da diese Initiative einen parteiübergreifenden Ansatz wähle. Sie würde sich über einen Austausch und die Fortführung der Gespräche freuen. Sie sprach ein großes Lob an die Projektbeteiligten sowie ihren Dank an Frau Grupe als engagierte Lehrerin aus. Es zeige sich immer, dass es an den Menschen hänge, was bewegt werden könne. Sie fragte, ob Anknüpfungspunkte und Synergieeffekte zu dem ähnlichen Beteiligungsformat „Politik zum Anfassen“ bestünden, welches nicht auf klimapolitische Fragen beschränkt sei, sondern zum Ziel habe, allgemein Politik erfahrbar zu machen und Inhalte in die Politik zu bringen und umzusetzen.

Ratsfrau Ihnen bedankte sich ebenfalls für den professionellen Vortrag. Sie fragte, ob alle neun durchgeführten Planspiele in der LHH stattgefunden hätten, oder ob sich diese Angabe auf die Region beziehe. Zudem wisse sie gerne, ob es möglich sei, die gesammelten Vorschläge der Schüler*innen den AUG-Mitgliedern zur Verfügung zu stellen. Sie schließe sich ihren Vorredner*innen an und sei gerne bereit, in Zukunft an einem Planspiel teilzunehmen, von denen sie allgemein sehr viel halte.

Ratsherr Oppelt machte deutlich, dass die CDU-Fraktion das Engagement der Beteiligten sehr zu schätzen wisse. Er sprach Frau Grupe sein Kompliment aus, da es für die Durchführung derartiger Projekte dazu gehöre, dass es jemanden gebe, der bereit sei, in einem bereits stressigen Alltag, ein Zusatzengagement zu übernehmen. Ebenso sei beachtlich, dass die Schüler*innen bereit dazu seien, sich einzubringen. Die CDU-Fraktion würde sich ebenfalls über die Zusendung der entwickelten Anträge freuen und wolle prüfen, ob einzelne Dinge aufgegriffen werden könnten. Planspiele finde er allgemein deshalb so gut, weil diese deutlich machten, dass Forderungen in Einklang mit der Realität gebracht werden müssten und der Ablauf von Ausschusssitzungen sowie Sachzwänge erlernt würden. Dies sei ungemein wichtig für die umweltpolitische Debatte. Er griff die Frage zu Verknüpfungsmöglichkeiten mit dem Projekt „Politik zum Anfassen – Pimp your town“ auf und merkte an, dass auf Doppelstrukturen verzichtet werden solle. Auch bei diesem Projekt gebe es Besuche durch Ratsmitglieder und aktuell werde sogar ein Antrag der Schüler*innen im Sportausschuss diskutiert.

Ratsfrau Stock schloss sich ihren Vorredner*innen mit ihrem Dank und positiver Rückmeldung an. Die Klimaschutzagentur mache wichtige und gute Arbeit. Sie sei interessiert daran, wie viele Multiplikator*innen es gebe, damit das Projekt von möglichst vielen Lehrer*innen umgesetzt werde und sich verselbständigen könne. Sie wies auf das Projekt „Lokaler Energiewendedialog“ hin, welches Kommunen aufzeige, wie anhand eines Gigameters die erneuerbaren Energien vorangebracht werden könnten. Sie fragte, ob es Verbindungen zwischen den Projekten gebe.

Stadträtin Ritschel schloss sich den Danksagungen im Namen der Stadtverwaltung an und betonte, dass es beeindruckend sei, was die

Projektbeteiligten auf die Beine gestellt hätten und dass gleichzeitig alle Themen im Bereich Klimaschutz abgedeckt würden. So seien die Energieerzeugung, Solar- und Windkraft, Mobilität mit ÖPNV und Radverkehr, Gebäudestandards, Klimaanpassungsmaßnahmen wie Dachbegrünungen und die Öffentlichkeitsarbeit thematisiert worden. Sie habe als Kernbotschaft insbesondere mitgenommen, dass die Umsetzung schneller gelingen müsse, dies nehme sie zusätzlich als persönlichen Ansporn für ihr Amt als Wirtschafts- und Umweltdezernentin mit. Sie hoffe, dass alle hannoverschen Akteure gemeinsam gut vorankämen.

Frau Floetenmeyer-Woltmann antwortete, dass sie zuversichtlich sei, in Zukunft in all den benannten Bereichen eine gute Zusammenarbeit zu finden und fortzuführen.

Frau Dietrich antwortete auf die inhaltlichen Fragen bezüglich des Projekts. Ursprünglich seien bis zum jetzigen Zeitpunkt 30 anstelle der neun Planspiele geplant gewesen. Es handle sich um eine Förderung nach dem Fördertatbestand „Modellprojekt mit bundesweiter Ausstrahlung“, eine Bedingung liege in der Suche nach Partner*innen sowie in der Umsetzung über die Region Hannover und Niedersachsen hinaus. Partner*innen und somit gleichzeitig Multiplikator*innen außerhalb der Region seien Energieagenturen in Thüringen und Hessen. Lediglich eines der Planspiele habe in der LHH stattgefunden, u.a. aufgrund des bereits bestehenden und erfolgreichen Projekts „Pimp your town“. Es hätte insbesondere in der Anfangsphase Kontakt zwischen den Projekten gegeben, mittlerweile liefen beide aufgrund des großen Bedarfs jedoch getrennt voneinander weiter. Sie würde sich freuen, wenn es gelänge, das Projekt noch breiter zu entwickeln. Der Haken sei hier der hohe Zeitaufwand, wenn die Einbindung von Politiker*innen weiterhin erfolgen solle.

Es werde auch an weiteren Ideen und Verknüpfungen mit anderen Planspielen gearbeitet, beispielsweise mit dem Energiewendedialog, der für Erwachsene ausgelegt sei und zum Ziel habe, erneuerbare Energien auf die Kommune zu verteilen und so den Strombedarf zu decken. Das Projektteam befinde sich momentan in den ersten Schritten der Verstetigung des Projekts. Bezüglich der Multiplikator*innen habe man für die Planspiele auch zehn als Moderator*innen ausgebildete junge Leute, hauptsächlich Student*innen, eingebunden und arbeite bei der Koordinierung mit dem VNB (Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen e.V.) zusammen. In zwei weiteren Runden würden erneut Moderator*innen ausgebildet, sodass anschließend die Basis bestehe, je nach Finanzierung mehr Planspiele durchführen zu können.

Frau Grupe teilte mit, dass sie derzeit erneut einen 11. Jahrgang betreue, für den sie sich ebenfalls ein Planspiel in kleinerem Rahmen oder zumindest einen Projekttag vorstellen könne. Sie würde gerne eine Diskussionsrunde mit den Schüler*innen anstoßen und auf die Angebote der AUG-Mitglieder zur Unterstützung zurückkommen, sobald dies pandemiebedingt möglich sei. Auch ihr jetziger Jahrgang 12, der am Planspiel teilgenommen habe, hätte mit Sicherheit Interesse an einem vertieften Austausch der Ideen. Die IGS sei noch eine Schule im Aufbau und ermögliche für Projekte den ein oder anderen zusätzlichen Tag.

4) Weitere Berichtspunkte

Herr Deitermann lud alle AUG-Mitglieder zu einer digitalen AUG-Klausur am Montag, den 14.02.2022 von 9:00 – 16:00 Uhr ein.

Der Fachbereich Umwelt und Stadtgrün werde seine Aufgaben vorstellen und für einen inhaltlichen Austausch bereitstehen. Der Zoom-Link sowie die Tagesordnung würden noch verschickt.

Für die Sitzung des AUG am 07.02.2022 lägen bisher lediglich ein B-Plan als Tagesordnungspunkt sowie ggf. einige Berichtspunkte der Verwaltung vor. Er informierte, dass der B-Plan laut Baudezernat zwingend zu diesem Termin beschlossen werden müsse, sodass die Sitzung nicht entfallen könne. Die Sitzung werde ebenfalls als Hybridsitzung stattfinden und er hoffe, dass noch weitere Tagesordnungspunkte hinzukämen. Er informierte auch, dass es unzulässig wäre, die Sitzung ausschließlich digital durchzuführen, da in diesem Fall die Öffentlichkeit ausgeschlossen würde.

Berichtet

TOP 9. MITTEILUNGEN UND ANFRAGEN

Keine Wortmeldungen

II. NICHTÖFFENTLICHER TEIL

TOP 10. Bericht der Dezernentin - nichtöffentlicher Teil -

Keine Berichte

TOP 11. Mitteilungen und Anfragen - nichtöffentlicher Teil -

Keine Wortmeldungen

Der Ausschussvorsitzende **Ratsherr Steiner** beendete die Sitzung um 15.00 Uhr.

Frau Ritschel
Stadträtin

Bach / Mania
Für das Protokoll



plenergy_Dokumentation_Südstadt.pdf

Ergebnis-Dokumentation von plenergy an der IGS Südstadt in Hannover

Termin:	Dienstag bis Donnerstag, 29 Juni bis 1. Juli 2021
Ort:	Hannover, IGS Südstadt
Teilnehmende:	53 Schülerinnen und Schülern der Jahrgangsstufen 11 sowie Lehrkräfte der IGS Südstadt, Ratsvorsitzender der Stadt Hannover, Bezirksbürgermeister Südstadt/Bult, Fachleute, lokal Aktive und das plenergy-Team der Klimaschutzagentur Region Hannover

plenergy in Kürze

Das Planspiel „plenergy – Vom Planspiel zur Energiewende“ unterstützt junge Menschen auf spielerische Weise dabei, sich mit Energiewende, Klimaschutz und Kommunalpolitik auseinanderzusetzen. Es zeigt ihnen Möglichkeiten auf, vor Ort selbst aktiv zu werden. Schüler und Schülerinnen ab Klassenstufe neun lernen die Arbeit der lokalpolitisch Aktiven kennen. Sie erarbeiten sich mit Unterstützung von Fachleuten Wissen zu Handlungsfeldern der Energiewende, bilden sich eine Meinung und entwickeln Maßnahmen für mehr Klimaschutz und die Energiewende vor Ort. Die Beteiligten erhalten Einblicke in kommunale Entscheidungsprozesse, indem sie Fachausschusssitzungen und Abstimmungsprozesse im Rat nachspielen. Der Ratsvorsitzende der Stadt Hannover Thomas Hermann sowie der Bezirksbürgermeister Lothar Pollähne moderierten den Energiewende-Rat und haben sich mit den Wünschen der Jugendlichen auseinandergesetzt. Lokale Aktive aus zwölf Vereinen, Verbänden, Verwaltung und Politik stellten sich den Schülerinnen und Schülern vor und unterstützten Sie bei der Entwicklung von eigenen Projektideen. Dadurch finden die Jugendlichen Anknüpfungspunkte für eigenes Engagement.

Die gemeinnützige Klimaschutzagentur Region Hannover setzt ihr Projekt plenergy bundesweit mit regionalen und lokalen Partnern um. Finanziert wird das Projekt durch die das Bundes-Umweltministerium. (Siehe auch www.plenergy.de)

Ablauf des Planspiels

Das dreitägige Planspiel an der IGS Südstadt gliederte sich in vier Teile:

- ✗ Warm Up zum Thema Energiewende
- ✗ Arbeit in fünf Fachausschüssen zu Mobilität, Strom, Konsum, Gebäude, Öffentlichkeitsarbeit mit Unterstützung von Fachexpertinnen und -experten
- ✗ Energiewende-Rat, geleitet durch den Vorsitzenden des Rates der Landeshauptstadt, Thomas Hermann, und den Bezirksbürgermeister Südstadt/ Bult, Lothar Pollähne.
- ✗ Von der Idee zum Projekt: Überlegungen zur Umsetzung eigener Projekte im Austausch mit lokal aktiven Vereinen, Verbänden und (politischen) Organisationen

Eine Gruppe von sechs Schülerinnen und Schülern hat den Prozess und die Ergebnisse auf einem eigenen Blog und Instagram dokumentiert: <https://plenergy.de/hannover-suedstadt21/> und https://www.instagram.com/plenergy_deutschland/

plenergy ist ein Projekt der:

Klimaschutzagentur Region Hannover
gemeinnützige GmbH
Goethestraße 19, 30169 Hannover
Geschäftsführer: Udo Sahling



Gefördert durch:



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



Beschlüsse des Energiewende-Rat

Die folgenden Anträge wurden vom Energiewende-Rat angenommen und beschlossen. Die Nummerierung der Beschlussvorlagen lässt die Herkunft der Ideen aus den Fachausschüssen erkennen: M: Mobilität; K: Konsum; S: Strom; G: Gebäude; Ö: Öffentlichkeitsarbeit

Beschlussvorlage	Beschlussempfehlung	Beschlussempfehlung	Angepasste Beschlussempfehlung	Abstimmungsergebnis
1G	Dachbegrünung	Der Rat möge beschließen, im Raum Hannover Dachflächen von Gebäuden mit einer Dachneigung von weniger als 20 Grad dauerhaft und flächendeckend zu begrünen.		angenommen
2G	Temperaturveränderung	Der Rat möge beschließen, dass eine Untersuchung für die Dauer von einem Jahr in Schulen durchgeführt wird. Die Untersuchung bezieht sich auf eine Temperaturveränderung um ein bis zwei Grad in Schulen.		angenommen
3G	Energetische Dämmungen	Der Rat möge beschließen, dass die rechtlichen Vorgaben für energetische Dämmungen bei Altbauten strenger werden.		angenommen
1K	Müllreduktion und bewusster Konsum	Der Rat möge beschließen, dass es im Schulgebäude eine Möglichkeit für die Oberstufenschüler*innen (ab Jg. 11) gibt, gemeinsam Essen aufzuwärmen oder sich Gerichte zu kochen.		angenommen
2K	Digitalisierung Änderung	Der Rat möge beschließen, dass unsere Schule für jede*n Schüler*in ab Klasse 8 ein Tablet mit entsprechender Ausstattung und höchster Effizienzklasse zur Verfügung stellt.	Der Rat möge beschließen, dass unsere Schule für jede*n Schüler*in ab Klasse 8 ein Tablet, mit entsprechender Ausstattung und höchster Energieeffizienzklasse, zur Verfügung stellt. Die Finanzierung erfolgt durch die Stadt.	angenommen
3K	Wasserspender	Der Rat möge beschließen, dass in jeder Etage des Schulgebäudes ein Wasserspender installiert wird, um das Wohlbefinden der Schüler*innen zu verbessern.	Der Rat möge beschließen, dass in jeder Etage des Schulgebäudes zwei Wasserspender installiert werden.	angenommen

Beschluss-vorlage	Beschluss-empfehlung	Beschlussempfehlung	Angepasste Beschlussempfehlung	Abstimmungsergebnis
4K	Mülleimer in Schulgebäude	Der Rat möge beschließen, dass auf dem Schulgelände und in jedem Schulgebäude in regelmäßigen Abständen Mülleimer stehen sollen.	Der Rat möge beschließen, dass auf dem Schulgelände und in jedem Schulgebäude in regelmäßigen Abständen Trennabfallbehälter stehen sollen.	angenommen
1M	Sanierung von Radwegen	Der Rat möge beschließen, dass die Radwege auf der Strecke zwischen Döhrener Turm und Altenbekener Damm möglichst bald saniert werden.		angenommen
2M	Mehr Fahrradbügel	Der Rat möge beschließen, dass der IGS Südstadt zur Förderung des Radverkehrs viel mehr Fahrradbügel zur Verfügung gestellt werden.		abgelehnt
3M	Förderung von Park and Ride-Möglichkeiten	Der Rat möge beschließen, dass in Kommunen um die Innenstadt herum das Park and Ride-Angebot ausgebaut werden soll, um den Kraftfahrzeugverkehr in der Innenstadt zu minimieren.		abgelehnt
4M/Ö	Kostenloser ÖPNV Tag	Der Rat möge beschließen, an einem Wochenendtag kostenlose Bahnfahrten zu ermöglichen.		angenommen
1Ö	Umweltwettbewerbe	Der Rat möge beschließen, dass sich die Bürger*innen mit dem Thema Umweltschutz und Klimawandel in Form von Wettbewerben spielerisch auseinandersetzen. Vorschläge wären z.B. Quizze, Foto- und Videowettbewerbe, Kunstausstellungen und Punktesammelaktionen.		angenommen
2Ö	Schulfach	Der Rat möge beschließen, in allen weiterführenden Schulen einen Zeitraum einzuführen, in dem sich die Schüler*innen mit dem Thema Nachhaltigkeit und Klimaschutz z.B. in Form von Projekten auseinandersetzen.		angenommen
3Ö	ÖPNV Informationskampagne	Der Rat möge beschließen, Plakate an den Bahnstationen und ÖPNV-Ansagen zu ermöglichen, welche über den Klimaschutz und die Energiewende informieren.		angenommen
1S	Informationskampagne	Der Rat möge beschließen, dass die Stadt Hannover eine Informationskampagne für Förderprogramme zum Thema Solarplattenausbau gibt.		angenommen
2S	Förderung Gerüstbau	Der Rat möge beschließen, dass durch Subventionen der Gerüstbau bei mehrstöckigen Gebäuden beim Solaranlagenausbau gefördert wird.		angenommen
3S	Pflicht zu Solaranlagen bei Neubauten und Sanierungen	Der Rat möge beschließen, dass bei Neubauten und Sanierungen, Solaranlagen verpflichtend sind, wenn die finanziellen Mittel bereitstehen. Wenn die Mittel nicht bereitstehen, dann übernimmt die Regierung (Stadt) die Kosten.		angenommen
4S	Windkraft am Kronsberg	Der Rat möge beschließen, dass am Kronsberg die Windkraftanlagen erneuert werden.		angenommen

Ideen aus den Fachausschüssen

Die im Energiewende-Rat vorgestellten Beschlussvorlagen sind nur eine kleine Auswahl der Ideen der Jugendlichen für die Energiewende und mehr Klimaschutz in der Stadt Hannover bzw. in der Schule. Es folgen hier alle in den Fachausschüssen gesammelten Ideen, sortiert nach Zuständigkeitsebene.

Ideen aus dem Fachausschuss Mobilität

Persönlich

- ✗ Radfahren und ÖPNV nutzen

Schule

- ✗ Mehr Fahrradständer
- ✗ Lehrerparkplatz zu Fahrradparkplatz umbauen

Stadt Hannover

- ✗ Aus- und Umbau der Radwege
- ✗ Sanierung der Fahrradwege zwischen Döhrener Turm und Altenbekener Damm
- ✗ Trennung von Rad- und Autowegen

- ✗ Zahlungsmethode an E-Ladesäulen vereinheitlichen
- ✗ Einheitliche Stecker/ Adapter an Ladesäulen einführen
- ✗ Kostenloser ÖPNV-Tag

Region Hannover / Deutschland / EU

- ✗ Ausbau und Modernisierung von Langstreckenschienenverkehr
- ✗ Carsharing subventionieren
- ✗ Forschung zu E-Mobilität und erneuerbaren Energien fördern

Ideen aus dem Fachausschuss Konsum

Persönlich

- ✗ Reparieren statt entsorgen
- ✗ Saisonal und regional einkaufen
- ✗ Kleidung wiederverwerten oder tauschen
- ✗ Müll richtig trennen

Schule

- ✗ Elternbriefe per E-Mail verschicken
- ✗ Arbeitsblätter/ Bücher digital
- ✗ Blätter doppelseitig bedrucken
- ✗ Energieeffiziente Elektrogeräte nutzen
- ✗ Sammelbestellung von nachhaltigen Produkten
- ✗ Wasserspender

- ✗ Flohmarkt
- ✗ Aufwärmmöglichkeiten für mitgebrachtes Essen

Stadt Hannover

- ✗ Regionale Produkte fördern
- ✗ Reduktion von Plastik, bzw. Recycling

Region Hannover / Deutschland / EU

- ✗ Abschaffung von Plastikverpackungen bei Obst und Gemüse
- ✗ Verbot von Kinderarbeit
- ✗ Fairtrade fördern
- ✗ CO₂-Abdruck auf Produkten ausweisen

Ideen aus dem Fachausschuss Gebäude

Persönlich

- ✗ Recyceltes Papier nutzen

Schule

- ✗ Solarplatten auf dem Dach
- ✗ Bienenblumenwiese
- ✗ Umweltprojekttag für alle Schulen
- ✗ Naturschutz-AG
- ✗ Automatische öffnende/schließende Fenster (Abhängig von Außen- und Innentemperatur)

- ✗ Niedrigere Temperaturen in der Schule
- ✗ Wasserspender auf den Fluren
- ✗ Dachbegrünung
- ✗ Fahrradbügel auf dem Schulhof
- ✗ Neue Heizkörper für weniger Energieverbrauch

Region Hannover / Deutschland / EU

- ✗ Strengere Vorgaben für Dämmungen/ höhere Standards

Ideen aus dem Fachausschuss Strom

Persönlich

- ✗ Energie sparen, Licht ausmachen
- ✗ Lüften statt Klimaanlage anzuschalten
- ✗ Mit Deckel kochen
- ✗ Keinen elektronischen Wäschetrockner nutzen
- ✗ Kürzer und schneller duschen

Schule

- ✗ Auf LED-Lampen umsteigen
- ✗ Heizkörperregler für Schüler*innen unzugänglich machen

Stadt Hannover

- ✗ Gebäude dämmern
- ✗ Enercity Gaswerk auf Biogas umstellen

- ✗ Verpflichtung zur Installation von Solaranlagen bei Neubauten und Sanierungen
- ✗ Bei neuen Bauvorhaben diese nur genehmigen, wenn erneuerbare Energien eingeplant sind.

Region Hannover / Deutschland / EU

- ✗ Solarpflicht für Neubauten und Sanierungen
- ✗ Windkraftanlagen ausbauen
- ✗ Subventionen für Gerüstbau bei privaten Solaranlageninstallation
- ✗ Entwicklung von Batterien und Energiespeichern fördern

Ideen aus dem Fachausschuss Öffentlichkeitsarbeit

Schule

- ✗ Verkauf von Hemme Milch und Einführung eines Pfandsystems
- ✗ Schulfach zu Nachhaltigkeit
- ✗ Blog/ Vlog und Social Media-Kampagne zu Klimaschutz
- ✗ Quiz

Stadt Hannover

- ✗ Plakate zu Klimaschutz und Energiewende an Bahnstationen und ÖPNV-Ansagen

- ✗ QR-Codes, die über Klimaschutzthemen informieren
- ✗ Informationskampagne mit Beamerprojektionen im öffentlichen Raum
- ✗ Sammelaktion – Punkte für Nachhaltigkeit
- ✗ Aktionstage und Wettbewerbe

Region Hannover / Deutschland / EU

- ✗ Kostenlose Bahnfahrt am Wochenende

Von der Idee zum Projekt

Am dritten Tag des Planspiels wählten die Schülerinnen und Schüler Ideen aus, für deren Umsetzung sie sich selbst engagieren würden. Sie entwickelten Projektskizzen, planten in Kleingruppen erste Umsetzungsschritte und überlegten mögliche Projektpartner dafür.

Projektskizzen der Schülerinnen und Schülern

- Aktionstag Klima & Ernährung
- Projekttag zum Thema Abfall
- Workshop „Aus Alt mach Neu“
- Energiesparwettbewerb
- Turnier
- Snapchat-Infokampagne zu Klimaschutz und Energiewende
- Auszeichnung klimafreundliche Schule
- Projekttag Nachhaltigkeit
- Kreativwettbewerb mit Fotoausstellung und Kunstwerken aus Müll
- Regionale Milch in der Schule und Pfandsystem für Flaschen
- Spendenlauf zum Klimaschutz
- Fahrradständer
- Informationskampagne zu Wasserstoff-/Brennstoffzellen
- Park & Ride-Anlagen

Zum Speed-Dating waren Vertreter und Vertreterinnen aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik eingeladen, sich mit ihrer Arbeit und Engagement vorzustellen und die Projektideen der Schülerinnen und Schüler kennenzulernen. Der Einladung folgten Ute Heda (Klimaschutzleitstelle/ Stadt Hannover), Matthias Wohlfahrt (proKlima), Achim Riemann (JANUN), Manfred Fiedler (VCD), Dominika Vogs (Ökostadt e.V.), Simon Braun (Fridays for Future), Gisela Kudrass (Allerweltsladen), Gil Koebberling (Tauschtreff Südstadt, Transition Town), Jan de Vries (Jusos), Anna Kraeft (Grüne Jugend) und Merle Grupe (IGS Südstadt). Die Schülerinnen und Schüler erhielten im Gespräch mit ihnen viele Tipps, Anregungen und auch Angebote für die gemeinsame Umsetzung der Projekte.

Was kommt nach plenergy?

Mit diesem Protokoll werden die Ideen der Jugendlichen für mehr Klimaschutz und Energiewende allen Beteiligten und der Politik zur Kenntnis gegeben. Der Vorsitzenden des Rates der Landeshauptstadt, Thomas Herrmann, und der Bezirksbürgermeister Südstadt/Bult, Lothar Pollähne, haben den Teilnehmenden zugesagt, die Ideen, die im Aufgabenbereich von Stadt bzw. Stadtbezirk liegen, in den politischen Gremien ernsthaft zu prüfen und zu diskutieren. Zudem haben sie die Schülerinnen und Schüler eingeladen, im Umweltausschuss der Stadt Hannover sowie in der Ratssitzung des Stadtbezirks Hannover Südstadt/Bult von plenergy und ihren Ideen und Projekten zu berichten.

Alle beteiligten lokal Aktiven stellen ihre Kontaktdaten den Schülerinnen und Schülern zur Verfügung, sodass Vernetzung und gemeinsamen Aktivitäten möglich sind. Die Klimaschutzagentur Region Hannover bietet im Rahmen des Projektes plenergy ein Coaching für im Planspiel entstandene Projektgruppen an. Sie wird weiterhin im Rahmen ihrer Möglichkeiten die IGS Südstadt bei der Entwicklung, Förderantragstellung und Umsetzung von Klimaschutz- und Energiewende-Maßnahmen unterstützen.

Weitere Informationen zu plenergy an der IGS Südstadt in Hannover:

Klimaschutzagentur Region Hannover
Christiane Dietrich
Tel. 0511.22 00 22-72
C.Dietrich@klimaschutzagentur.de

CDU-Fraktion (Antrag Nr. 2436/2021)

Eingereicht am 11.11.2021 um 08:17 Uhr.

gemäß § 10 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

In den Ausschuss für Umweltschutz- und Grünflächen
In den Schul- und Bildungsausschuss
In den Ausschuss für Haushalt,
Finanzen und Rechnungsprüfung
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung

Antrag der CDU-Fraktion: "Ein Baum für jedes Neugeborene"

Antrag

Antrag zu beschließen:

Der Rat der Landeshauptstadt Hannover fordert die Stadtverwaltung auf, dem Rat ein Konzept vorzulegen, wie künftig umgesetzt werden kann, dass für jedes in Hannover neu geborene Kind, dessen Eltern oder Elternteil zum Zeitpunkt der Geburt ihren/seinen Wohnsitz in Hannover haben/hat, ein Baum gepflanzt wird.

Begründung

Bäume sind nicht nur elementar für das Stadtklima, sie stehen seit Menschengedenken symbolisch für das Leben. Ein alter Brauch ist es, zur Geburt eines Kindes einen Baum zu pflanzen. In einer Großstadt ist dies für die meisten nicht möglich, da die wenigsten Familien die entsprechende Fläche zur Verfügung stehen haben.

Schon jetzt erhalten alle Neugeborenen in der Landeshauptstadt ein Willkommenspaket. Ziel des Antrags ist es, dass die Stadtgesellschaft stellvertretend einen Baum für jedes Kind pflanzt. Im Jahr 2020 wurden in der Landeshauptstadt Hannover 5.748 Kinder geboren (Landesamt für Statistik Niedersachsen, LSN Online).

Denkbar wäre eine Kooperation mit Schulen und anderen Bildungseinrichtungen, um alljährliche Pflanzaktionen einzuführen, bei der die Wichtigkeit von Bäumen und der Stadtwälder vermittelt werden.

Hannover / 11.11.2021



02. November 2021

In den Ausschuss für Umweltschutz- und Grünflächen
In den Schul- und Bildungsausschuss
In den Ausschuss für Haushalt,
Finanzen und Rechnungsprüfung
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung

A n t r a g gemäß § 10 der Geschäftsordnung des
Rates der Landeshauptstadt Hannover

Ein Baum für jedes Neugeborene

Antrag zu beschließen:

Der Rat der Landeshauptstadt Hannover fordert die Stadtverwaltung auf, dem Rat ein Konzept vorzulegen, wie künftig umgesetzt werden kann, dass für jedes in Hannover neu geborene Kind, dessen Eltern oder Elternteil zum Zeitpunkt der Geburt ihren/seinen Wohnsitz in Hannover haben/hat, ein Baum gepflanzt wird.

Begründung:

Bäume sind nicht nur elementar für das Stadtklima, sie stehen seit Menschengedenken symbolisch für das Leben. Ein alter Brauch ist es, zur Geburt eines Kindes einen Baum zu pflanzen. In einer Großstadt ist dies für die meisten nicht möglich, da die wenigsten Familien die entsprechende Fläche zur Verfügung stehen haben.

Schon jetzt erhalten alle Neugeborenen in der Landeshauptstadt ein Willkommenspaket. Ziel des Antrags ist es, dass die Stadtgesellschaft stellvertretend einen Baum für jedes Kind pflanzt. Im Jahr 2020 wurden in der Landeshauptstadt Hannover 5.748 Kinder geboren (Landesamt für Statistik Niedersachsen, LSN Online).

Denkbar wäre eine Kooperation mit Schulen und anderen Bildungseinrichtungen, um alljährliche Pflanzaktionen einzuführen, bei der die Wichtigkeit von Bäumen und der Stadtwälder vermittelt werden.

Felix Semper
Vorsitzender

Fachbereich Personal und Organisation Bereich Rats- und Stadtbezirksangelegenheiten	
10. DEZ. 2021	14.16 Uhr
CGR	
18.60	



CDU RATSFRAKTION
HANNOVER

10. Dezember 2021

In den Ausschuss für Umweltschutz- und Grünflächen
In den Verwaltungsausschuss
An den Eilenriedebeirat (zur Kenntnis)

Antrag

gemäß § 10 der Geschäftsordnung des
Rates der Landeshauptstadt Hannover

Kupferloch in der Eilenriede

Antrag zu beschließen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, das „Kupferloch“ in der südlichen Eilenriede zu reinigen, die Holzeinfassung zu erneuern und die Ausschilderung zu verbessern.

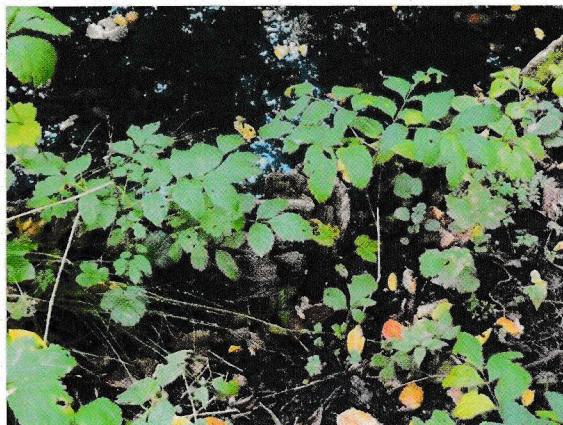
Begründung:

Das Kopperloch (=Kupferloch), auch Teufelsbad genannt, ist eine im 18. Jahrhundert ausgebaute Badestelle in der Nähe des Heiligers Brunnen in der Eilenriede. Namensgebend ist das dort vorkommende kupferbraune und stark nach Schwefel riechende Quellwasser. Im Laufe der Zeit wurde es vollständig mit Erde bedeckt und geriet in Vergessenheit. Nach der zufälligen Wiederentdeckung 1963 wurde es 1991 nach altem Vorbild neu hergerichtet.

Mittlerweile verwildert das Kupferloch leider erneut (s. Fotos), sodass eine vollständige Ertüchtigung angezeigt ist. Zusätzlich muss das Kupferloch besser ausgeschildert und beispielsweise mit Hinweistafel samt QR-Code versehen werden. Die „grüne Lunge“ Hannovers, die Eilenriede, wird mit solchen Maßnahmen als Naherholungs- und Umweltbildungsstandort erlebbarer.

Felix Semper
Felix Semper
Vorsitzender

Bilder zum Antrag „Kupferloch in der Eilenriede“
(Bilder von Maximilian Oppelt)



Landeshauptstadt

Hannover

Beschluss-
drucksache

b

In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen
In den Verwaltungsausschuss
An den Stadtbezirksrat Misburg-Anderten (zur
Kenntnis)

Nr. 0031/2022

Anzahl der Anlagen 1

Zu TOP

246. Änderungsverfahren zum Flächennutzungsplan Hannover
Bereich: Misburg / Badesees Misburg

Aufstellungsbeschluss

Antrag,

für den in der Anlage 1 bezeichneten Bereich die Einleitung eines Änderungsverfahrens zum Flächennutzungsplan (246. Änderungsverfahren) zu beschließen.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Die Beschlussvorlage hat keine geschlechterspezifischen Auswirkungen.

Kostentabelle

Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen.

Begründung des Antrages

Die Landeshauptstadt Hannover (LHH) entwickelt im Bereich der ehemaligen Mergelgruben HPC I und HPC II in Misburg-Nord (vgl. Anlage 2) ein naturnahes Naherholungsgebiet. Zu diesem Zweck wurde im Jahr 2000 die GENAMO mbH gegründet. Die Gesellschaft zur Entwicklung des Naherholungsgebietes Misburg-Ost mbH ist eine städtische Beteiligungsgesellschaft, deren Gesellschafterinnen die Heidelberg Cement AG (ehemals TEUTONIA Zementwerk AG bzw. Hannoversche Portland-Cementfabrik) und die LHH mit jeweils 50 % der Anteile sind.

Für die HPC II sieht der Gesellschaftszweck der GENAMO die (Teil-)Verfüllung mit unbelastetem Bodenmaterial und anschließend die Anlage eines Badesees vor. Da die Verfüllung der Grube inzwischen vorangeschritten ist und der Umfang der Bodeneinlagerung in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat, werden derzeit die Planungen für die abschließende Gestaltung des Areals konkretisiert.

Derzeit wird geprüft, ob Teile der wertvollen Mergelböschung im nördlichen und westlichen Bereich erhalten werden können und gleichzeitig die Entwicklung unterschiedlich ausgeprägter Grünflächen (z. B. Liegewiesen, Aktivitätsflächen, Gehölzinseln, naturnahe Biotope) möglich ist. Eine vollständige Flutung der Grube wird aktuell weder aus Sicht der Naherholung noch aus Sicht des Naturschutzes als zielführend erachtet.

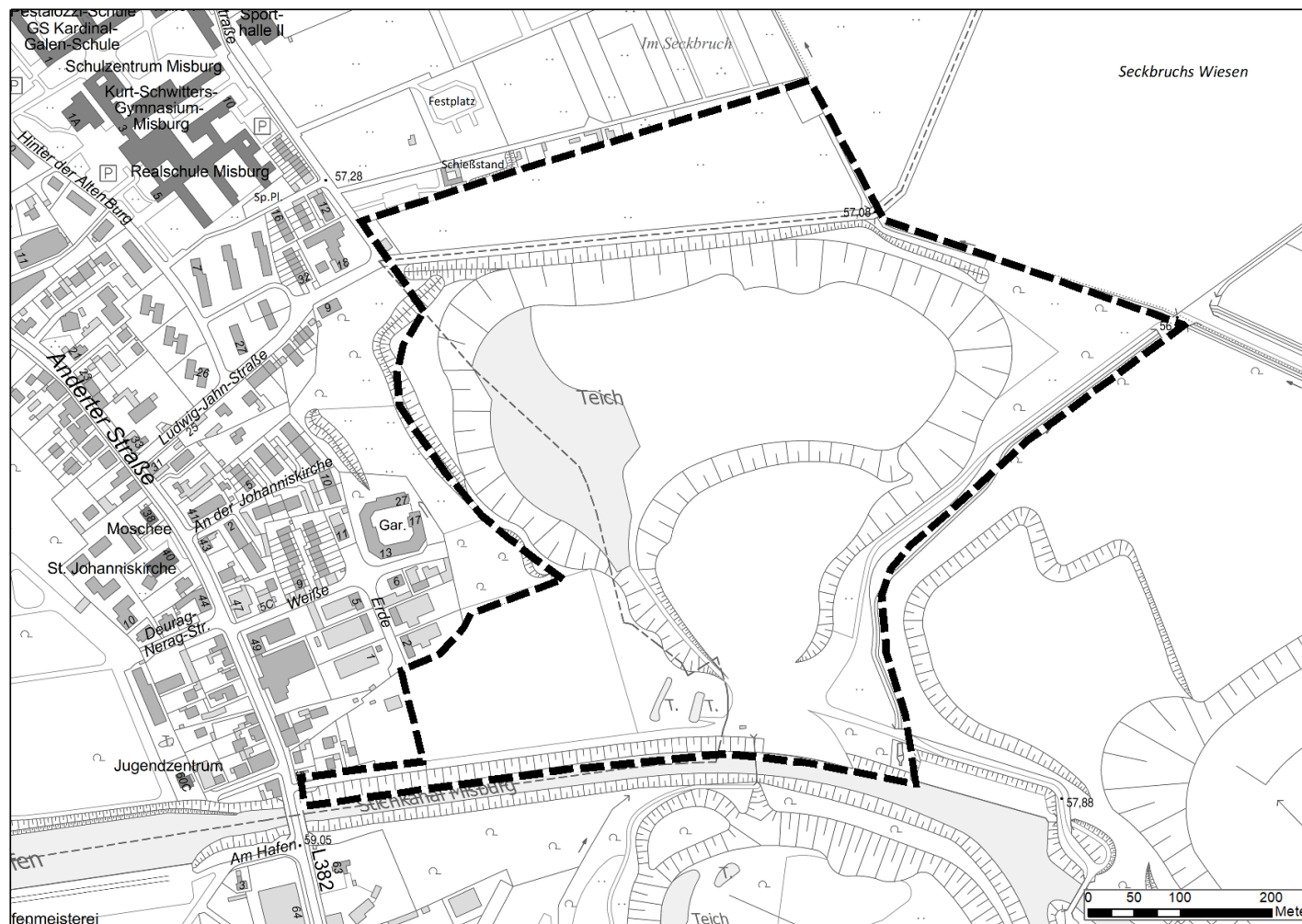
Für die Anlage des Sees in der HPC II ist ein wasserrechtliches Genehmigungsverfahren nach Wasserhaushaltsgesetz (WHG) erforderlich. In einer integrierten Umweltverträglichkeitsstudie (UVS) erfolgt die erforderliche Beurteilung der Belange des Umwelt- und Artenschutzes, aber auch Auswirkungen auf angrenzende Nutzungen werden erfasst und beurteilt. Genehmigungsbehörde für dieses Verfahren ist die Region Hannover.

Für das wasserrechtliche Verfahren nach Niedersächsischem Wassergesetz (NWG) ist es unter anderem erforderlich, das Bedürfnis für die Entwicklung eines Badesees festzustellen. Dies kann z.B. durch das öffentliche Interesse, das durch ein Bauleitplanverfahren dokumentiert wird, nachgewiesen werden. Andererseits dürfen die Bauleitplanverfahren erst nach Beendigung des Wasserrechtsverfahrens beendet werden, so dass die Verfahren Zug um Zug geführt werden.

Vor diesem Hintergrund soll der Flächennutzungsplan, der in seiner derzeit geltenden Fassung „Abbaufäche“ im geplanten Änderungsbereich darstellt, geändert werden.

Zur Durchführung des 246. Änderungsverfahrens zum Flächennutzungsplan Hannover und zur Vorbereitung der Genehmigungsvoraussetzungen für das wasserrechtliche Verfahren soll deshalb ein Beschluss über die Aufstellung der 246. Änderung zum Flächennutzungsplan gefasst werden.

61.15
Hannover / 05.01.2022



Änderungsbereich



Luftbild des Änderungsbereiches

Landeshauptstadt

Hannover

Beschluss-
drucksache

b

In den Stadtentwicklungs- und Bauausschuss
In den Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen
In den Verwaltungsausschuss
An den Stadtbezirksrat Südstadt-Bult (zur Kenntnis)

Nr. 2643/2021

Anzahl der Anlagen 2

Zu TOP

**Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 67, 9. Änderung
Grundschule Kestnerstraße
Aufstellungsbeschluss**

Antrag,

die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 67,9. Änderung gem. § 2 Abs. 1 BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB zu beschließen.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Die Gender-Aspekte werden im weiteren Verfahren geprüft.

Kostentabelle

Die Kosten für die Baumaßnahme werden in einer gesonderten Drucksache des Fachbereiches Gebäudemanagements vorgelegt.

Begründung des Antrages

Die 3-zügige Grundschule an der Kestnerstraße soll zu einer inklusiven, barrierefreien Ganztagschule umgebaut, saniert und erweitert werden. Das denkmalgeschützte Hauptgebäude soll saniert und teilweise umgebaut und umgenutzt werden. Auch die historische Turnhalle an der nördlichen Grundstücksgrenze soll umgenutzt werden (zu einer Schulmensa mit Küche). Auf dem rückwärtigen Grundstücksteil ist ein viergeschossiger Neubau geplant, der die heute vorhandene eingeschossige Sporthalle sowie angrenzende Nebengebäude ersetzen soll. In dem Neubau sollen die Aula, die Schulbibliothek und die Ganztagsbetreuungseinrichtung sowie eine Sporthalle untergebracht werden. Die Sporthalle soll nach wie vor außerhalb den Schulzeiten auch dem Vereinssport zur Verfügung stehen. Das Grundstück befindet sich im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 67. Der Bebauungsplan setzt für das Plangebiet Gemischtes Wohngebiet fest und lässt im rückwärtigen Grundstücksbereich lediglich eine eingeschossige Bebauung zu. Um den geplanten viergeschossigen Neubau realisieren zu können, ist daher eine Änderung des

Planungsrechtes hinsichtlich Umfang und Höhe der rückwärtigen Bebauung erforderlich.

Die geplanten Festsetzungen des Bebauungsplanes sind aus den Darstellungen des Flächennutzungsplanes entwickelt. Er gilt als Maßnahme der Innenentwicklung und soll im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB durchgeführt werden.

Nach § 13a Abs. 1 BauGB darf das beschleunigte Verfahren unter folgenden Voraussetzungen durchgeführt werden.

- Die nach § 19 Abs. 2 BauNVO festgesetzte Grundfläche beträgt weniger als 20.000 m².
 - Durch den Bebauungsplan wird keine Zulässigkeit von Vorhaben, die einer Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung oder nach Landesrecht unterliegen, begründet.
 - Es bestehen keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 Absatz 6 Nummer 7 Buchstabe b genannten Schutzgüter.
 - Es bestehen keinerlei Anhaltspunkte für die Beachtung von Pflichten zur Vermeidung oder Begrenzung schwerer Unfälle nach § 50 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes.
- Nach § 13a Abs. 2 BauGB gelten im beschleunigten Verfahren die Vorschriften des vereinfachten Verfahrens nach § 13 Abs. 2 und 3 Satz 1 entsprechend. Es ist beabsichtigt, von der Umweltprüfung, vom Umweltbericht und von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 10a Abs. 1 BauGB abzusehen.

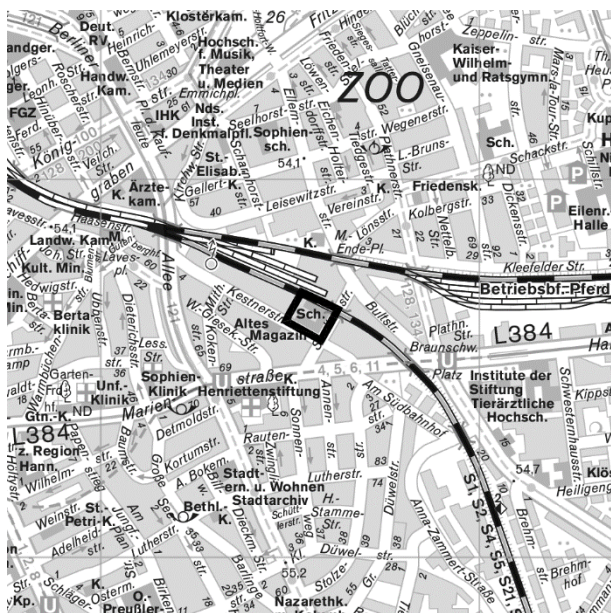
Die frühzeitige Beteiligung Öffentlichkeit wird parallel in einer weiteren Drucksache beantragt.

61.12
Hannover / 29.11.2021

Bebauungsplan Nr. 67, 9. Änderung – Grundschule Kestnerstraße

Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB

Geltungsbereich und bisheriges Verfahren



Planung Süd

Stadtbezirk: Südstadt-Bult

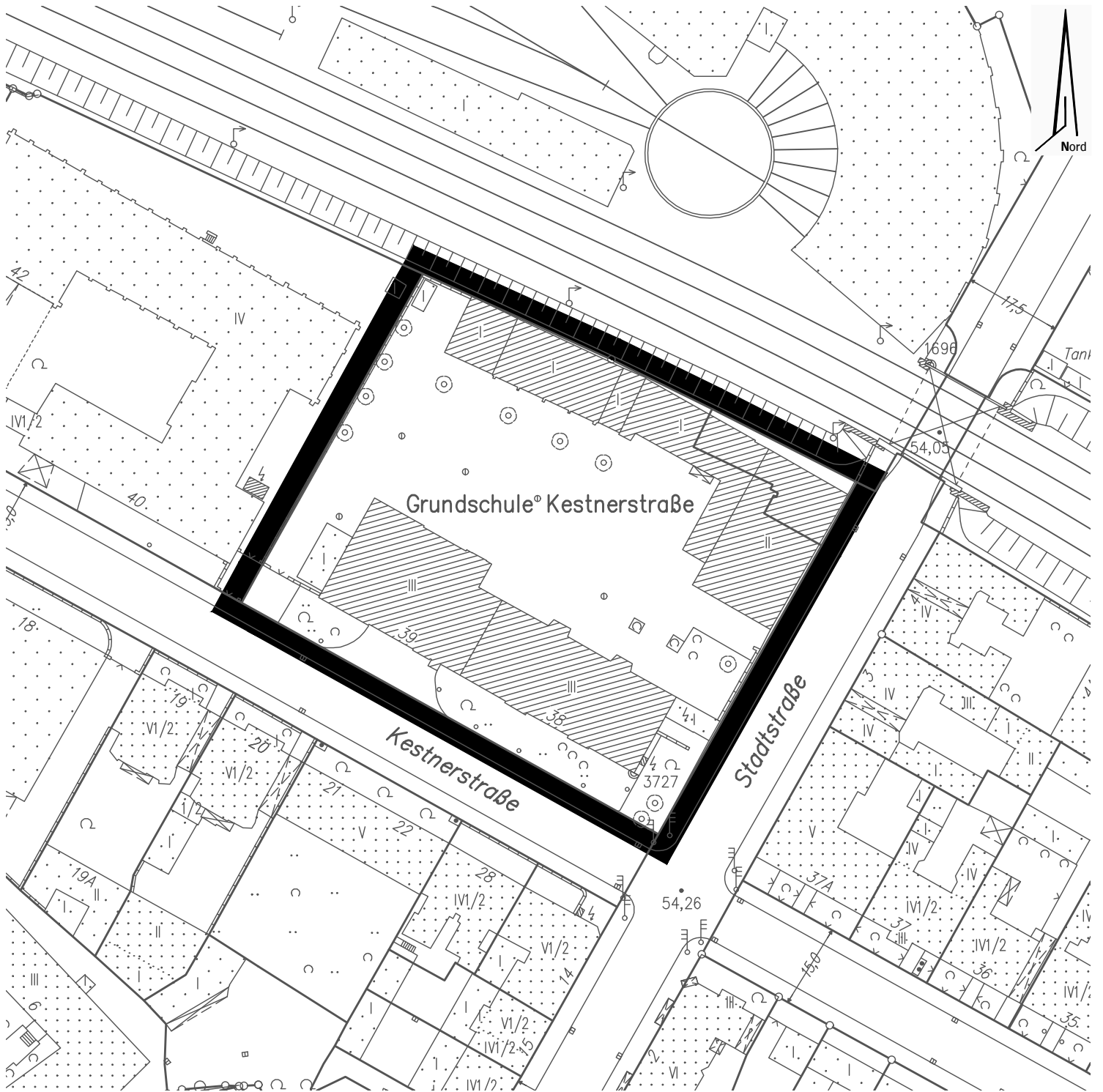
Stadtteil: Südstadt

Geltungsbereich:

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 67, 9. Änderung umfasst das Grundstück Kestnerstraße 38 und 39 (Gemarkung Hannover, Flur 14, Flurstücke 108/2 und 108/3) und wird begrenzt durch die Stadtstraße im Osten, die Kestnerstraße im Süden und dem Grundstück Kestnerstraße 40 sowie der Bahntrasse der DB im Norden.

Bisherige Drucksachen-Beschlüsse:

keine



Bebauungsplan Nr. 67, 9. Änd. - Grundschule Kestnerstraße-

- Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB -

Maßstab 1 : 1000

Für den Planvorschlag

Planung Süd
Hannover,

Sachgebietsleitung

Fachbereich Planen und Stadtentwicklung
Hannover,

Fachbereichsleitung

Aufstellungsbeschluss

Der Verwaltungsausschuss der Landeshauptstadt
Hannover hat die Aufstellung des Bebauungsplanes
am beschlossen.

Stadtplanung 61.1B
Hannover,

(Siegel)

Ortsübliche Bekanntmachung

Die Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses
erfolgte in den hannoverschen Tageszeitungen
am

Stadtplanung 61.1B
Hannover,

(Siegel)